

**Protokoll
der 45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 01. Dezember 2015 in der Adolf-Reichwein-Halle**

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 22:32 Uhr

Anwesende Stadtverordnete:	
CDU	FDP
Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
	Jeuthe, Klaus-Dieter
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	
	Fraktionslos
Pfeiffer, Kurt	Harff, Gerald
Schnabel, Henrik	
See, Marco	Vom Magistrat waren anwesend:
von Griesheim, Alexander	Bürgermeister Alber, Thomas
	Erster Stadtrat Sill, Heinz
SPD	
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Kayacik, Hacı
Dietz, Eleonore	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Kröger, Jürgen	Stadtrat Schöniger, Arndt
Machalitzky, Jörg Jens	
Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
See, Herbert	Abwesende Stadtverordnete
Stengel, Christian	Hafner, Annegret
Zeidler, Reinhard	Müller, Toni
	Wendt, Thomas
FWG	Topp, Andreas
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
Metzger, Gerhard	Abwesend vom Magistrat
Soff, Walter	Stadträtin Dietrich, Petra
Uhlherr, Adolf	Stadtrat Blöcher, Gottfried
	Stadtrat Wenzel, Klaus
Bündnis90/Die Grünen	
	Schriftführer:
Quägber-Zehe, Betina	Kraus, Andreas
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
Roth, Beate	
	Vertreter der Presse
puR	
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	
Schön, Norbert	17 Zuhörer
Wyrwoll, Herbert	

Eröffnung der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 23. November 2015 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Letztes Protokoll

Es bestehen keine Einwände gegen das Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll ist angenommen.

Tagesordnung

Von Seiten des Ältestenrates wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 4 ohne Aussprache zu behandeln.

Dies wird von den Stadtverordneten angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Unterbringung von Flüchtlingen
- Mittelbereitstellung, Beschlussfassung nach § 100 HGO
4. Wirtschaftsplan der Stadtwerke 2016
- Beschlussfassung
5. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2015
- Einrichtung Internetseite „Mängelbeseitigung“ und Beschwerdemanagement
6. Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015
- Resolution: Erhalt des Freibads in Rodheim
7. Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2015
- Radgerechtes Rosbach
8. Antrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2015
- Leistungsangebote sowie Haushalts- und Finanzdaten der Stadt Rosbach v.d.Höhe im Vergleich zu Nachbarkommunen
9. Antrag des Stadtverordneten Gerald Harff vom 23.11.2015
- Haushalt 2016

Top 1 Mitteilungen

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Karehnke informiert über eine Bürgerversammlung am 17. Dezember 2015 um 20 Uhr in der Adolf-Reichwein-Halle. Thema sei die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen.

Herr Bürgermeister Alber verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen.

Weiterhin informiert der Bürgermeister, dass das Land Hessen die interkommunale Zusammenarbeit im Bezug der Flüchtlingsunterbringung mit 75.000 Euro fördere.

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 19. November 2015 getagt habe.

In der Sitzung sei der Tagesordnungspunkt „Haushaltsführung 2016 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019, - Beratung des Entwurfs und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung, - Vorlage und Beratung / Beschlussempfehlung des Haushaltssicherungskonzeptes“ behandelt worden.

Weiterhin berichtet Herr Dr. Rathjens, dass der Haupt- und Finanzausschuss zusammen mit dem Umwelt- und Planungsausschuss am 26. November 2015 getagt habe.

In der Sitzung seien die Tagesordnungspunkte „Investorenauswahlverfahren Die Sang“ und „Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen“ behandelt worden.

Frau Quägber-Zehe berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 17. November 2015 getagt habe.

In der Sitzung seien die Tagesordnungspunkte „Errichtung einer Lagerhalle für Tierfutter“, „Vorstellung Sanierungskonzept Sporthalle Eisenkrain“, „Vorstellung erste Planungskonzepte Baugebiete Gewerbegebiet Ost II und Obergärten II“ und „Haushaltsführung 2016 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 - Beratung des Entwurfs und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung“ behandelt worden.

Herr Zeidler berichtet, dass der Akteneinsichtsausschuss „Nachrückverfahren der Liste Die Piraten“ am 19. November 2015 getagt habe.

Es wurde beschlossen, dass die Akte vollständig in Einsicht genommen wurde. Die Arbeit des Akteneinsichtsausschuss ist beendet.

Top 2 Kleine Anfragen

Eine Anfrage von Herrn Scholz liegt vor.

- Warum ist der Magistrat bis heute nicht in der Lage, die von der SVV am 28.01.2014 beschlossene Veröffentlichung der Haushaltsdaten bzw. der Daten des jeweiligen Haushaltsentwurfs in einem offenen, maschinenlesbaren Format auf der Homepage der Stadt Rosbach umzusetzen, und warum wurde die SVV bisher nicht über eventuelle Hinderungsgründe für die Umsetzung ihres Beschlusses informiert?
- Wie weit ist die Umsetzung des Teilbeschlusses "Visualisierung des Haushalts im Rahmen eines OpenData-Projektes 'Offener Haushalt' fortgeschritten, und wann ist mit der

Umsetzung zu rechnen?

- Warum verweigert der Bürgermeister seit dem 19.11.2015 die in den vergangenen Jahren auf Anfrage zur Verfügung gestellte Excel-Tabelle "Ergebnis-Haushalt nach Konten", die als Arbeitsmittel für die Beratung des Haushalts von einem Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses angefordert wurde, und für eine sachgerechte Entscheidung über den Haushalt als unerlässlich angesehen wird?

Bürgermeister Alber beantwortet die Anfrage:

- Der Haushaltsentwurf 2016 einschließlich aller Anlagen steht neben dem derzeit aktuell rechtskräftigen Haushalt 2015 seit Wochen auf der Homepage der Stadt zur jedermanns Einsicht und Kenntnisnahme im PDF-Format zur Verfügung. Darüber hinaus ist der Entwurf des Haushaltsplans nach § 97 Abs. 5 HGO an sieben Tagen in der Verwaltung zur allgemeinen Einsichtnahme öffentlich ausgelegt.
- Das Auslegungsverfahren nach der HGO wird im Übrigen nach der gesetzlichen Vorgabe seit mindestens 40 Jahren so betrieben. Die Verwaltung besteht darauf zu erkennen, dass bisher noch niemals ein Rosbacher Bürger einen Entwurf ansehen oder einsehen wollte.
- Eine generelle Umwandlung der Datenbestände in ein „maschinenlesbares Format“ ist mit der hausinternen „Finanzsoftware mps“ nicht möglich. Eine diesbezügliche Umwandlung z.B. in das „CSV-Format“ erfordert den Einsatz von allgemeinen Finanzmitteln in Höhe von ca. 6.500 €
Finanzielle ist ein solches Verfahren zweifelsfrei nicht zu vertreten. Die gesetzlichen Vorgaben der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zeigen dies auf. Einer besondere Beschlussfassung bedarf es hierbei grundsätzlich nicht.
- § 95 HGO gibt den inhaltlichen und organisatorischen Rahmen für den Haushaltsplan einer Kommune vor. Der vorliegende Entwurf erfüllt zweifelsfrei die gesetzlichen Anforderungen.

Top 3

Unterbringung von Flüchtlingen

- Mittelbereitstellung, Beschlussfassung nach § 100 HGO

Herr Bürgermeister Alber beantragt den Einsatz visueller Medien zur Darstellung des Konzeptes zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag des Bürgermeisters, der von den Ausschüssen überarbeitet wurde, vor:

„Zur Sicherstellung der rechtzeitigen Unterbringung von Flüchtlingen sind nach § 100 HGO außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von bis zu 3 Millionen Euro bereitzustellen. Die Aufwendungen sind unvorhergesehen und unabweisbar.

Die Deckung erfolgt über eine Kreditaufnahme in gleicher Höhe. Ein zinsloses Darlehen bei der KfW ist zur Sicherstellung der Aufnahme zu beantragen.

Die Mittelbereitstellung erfolgt – soweit erforderlich – zu Lasten des Haushaltsjahres 2015. Anteilige Mittel des kommenden Haushaltsjahres werden ggf. in einen 1. Nachtrag eingearbeitet.

Zur Kreditaufnahme sind die noch zur Verfügung stehenden Ermächtigungen 2013 bis 2015 in Höhe von rd. 6,5 Millionen heranzuziehen. Die abschließende haushaltsrechtliche Genehmigung erfolgt im 1. Nachtrag 2016.

Zuständigkeitsentscheidungen der Gremien für die Investitionsentscheidungen:

- *Magistrat bis 200.000 € im Einzelfall,*
- *Haupt- und Finanzausschuss bis 1.000.000 € im Einzelfall,*
- *Stadtverordnetenversammlung über 1.000.000 € im Einzelfall.*

Die Stadtverordnetenvorsteherin wird in Zusammenarbeit mit dem Magistrat beauftragt, im Dezember 2015 eine Bürgerversammlung abzuhalten und die Konzepte der Stadt zur Unterbringung der Flüchtlinge den Bürgern vorzustellen.“

Die FDP-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

„Aus sachlichen, politischen und rechtlichen Gründen sowie mit Hinweis auf die in § 2 der Hauptsatzung niedergelegten Bestimmungen lehnt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe die in einer „Vorlage zur Unterbringung von Flüchtlingen - Mittelbereitstellung, Beschlussfassung nach § 100 HGO“ geforderten „Zuständigkeitsentscheidungen der Gremien für die Investitionsentscheidungen“ ab.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt vielmehr unmittelbar selbst in Einzelentscheidungen über Maßnahmen.“

Herr Bürgermeister Alber stellt das Konzept der Stadt bezüglich der Flüchtlingsbetreuung mittels einer PowerPoint Präsentation vor. Diese ist dem Originalprotokoll beigelegt.

Herr Jacobi (FDP) ist der Meinung, dass die bevorstehende Bürgerversammlung keine Verkündungsversammlung werden sollte. Anregungen von Bürgerinnen und Bürger sollten aufgenommen und in das Konzept der Flüchtlingsbetreuung integriert werden.

Herr Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) ist der Meinung, dass die niedrigen Standards der Gebäude zur Flüchtlingsunterbringung keine größeren Werte nach 10 Jahren erlangen werden.

Er ist weiterhin der Meinung, dass es mit einer Bürgerfragestunde oder Pressemitteilung bezüglich der weiteren Vorgehensweise zur Flüchtlingsunterbringung, nicht getan sei. In der gemeinsamen Ausschusssitzung wurde deshalb entschieden, dass es eine Bürgerversammlung zu diesem Thema geben werde.

Herr Dr. Rathjens (SPD) ist der Meinung, dass es richtig sei, die politischen Gremien im Bezug auf die Flüchtlingsunterbringung und Flüchtlingsbetreuung mit einzubeziehen.

Herr Egerter (CDU) teilt mit, dass die CDU hinter dem vorgestellten Konzept steht und die Flüchtlingsprobleme nur gemeinsam zu bewältigen seien.

Den Zusatz in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse - zu diesem Punkt - hat die CDU wegen dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **2 Ja-Stimmen**
(2 FDP)
16 Nein-Stimmen
(8 SPD, 1 Herr Harff, 3 puR, 4 FWG)
9 Enthaltungen
(3 Grüne, 6 CDU)

Der Antrag ist abgelehnt

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den - durch die Ausschüsse modifizierten - Antrag des Bürgermeisters abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **25 Ja-Stimmen**
(8 SPD, 1 Herr Harff, 3 Grüne, 3 puR, 6 CDU, 4 FWG)
2 Nein-Stimmen
(2 FDP)

Top 4
Wirtschaftsplan der Stadtwerke 2016
- Beschlussfassung

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Rosbach v.d. Höhe 2016.

Der Erfolgsplan schreibt Erträge in Höhe von 3.721.600 €, Aufwendungen in Höhe von 3.897.600 € fest und weist damit einen Verlust in Höhe von 176.000 € aus.

Der Vermögensplan ist mit einem Volumen von 2.637.000 € ausgeglichen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, die zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan erforderlich sind, wird auf 1.597.000 € festgesetzt. Dieser Kreditaufnahme stehen Tilgungen in Höhe von 905.000 € gegenüber.

Betriebsmittelkredite in Höhe von 4.000.000 € zur Zwischenfinanzierung sind zulässig.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Magistratsvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**

Top 5
Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2015
- Einrichtung Internetseite „Mängelbeseitigung“ und Beschwerdemanagement

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der FDP-Fraktion vor:

„Der Magistrat wird aufgefordert, eine Internetseite einzurichten, über die Bürgerinnen und Bürger Mängel im Erscheinungsbild der Stadt - u.a. bei Grünflächen, Spielplätzen und Straßen - melden können. Dem Beispiel anderer Kommunen folgend sollen auch die telefonisch oder anderweitig schriftlich bei der Stadt eingegangenen diesbezüglichen Beschwerden von Bürgern sowie seitens städtischer Mitarbeiter festgestellten Mängel über die Seite festgehalten und an bearbeitende Dienststellen weitergeleitet werden. Somit ist neben dem Erfassen von Mängeln

und einer Möglichkeit der Kontrollen deren Beseitigung auch die Grundlage für ein kostengünstiges und aussagefähiges Beschwerdemanagement gelegt.

Über die registrierten Mängel und - auch falls bereits geschehen - deren Beseitigung ist halbjährlich dem betreffenden Ortsbeirat sowie dem Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.“

Wie im Ältestenrat bereits besprochen, wird eine Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen.

Die FDP Fraktion ist mit der Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss einverstanden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Antrag ist an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Top 6

Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015

- Resolution: Erhalt des Freibads in Rodheim

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der FWG-Fraktion vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach fordert den langfristigen Erhalt des Freibads in Rodheim und begrüßt in diesem Zusammenhang die Gründung des Fördervereins „Rettungsschwimmer“ sowie di in dieser Saison erfolgte Neugestaltung der Eintrittspreise (Einführung der Abend- und der Familienkarte). Der Magistrat wird aufgefordert, zukünftige Aktivitäten ein mit dem Förderverein abzustimmen.“

Die FDP-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe bekennt sich zu dem weiteren Erhalt des Freibades Rodheim in unverändert der alleinigen Verantwortung der Stadt Rosbach.“

Wie im Ältestenrat bereits besprochen, wird eine Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen.

Die beiden Fraktionen FWG und FDP sind mit der Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss einverstanden. Zur Behandlung des Punktes im Haupt- und Finanzausschusses ist der Förderverein „Rettungsschwimmer“ einzuladen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung der beiden Anträge an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Die beiden Anträge sind an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Top 7

Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2015

- Radgerechtes Rosbach

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der SPD-Fraktion vor:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich hinsichtlich der Weiterentwicklung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur grundsätzlich für ein „radgerechtes Rosbach“ ein.

2. Der Magistrat wird aufgefordert, eine Konzeption für ein „radgerechtes Rosbach“ ein.

- Analyse und Bewertung bestehender Radwege im Stadtgebiet und deren Beschilderung*
- Ein Maßnahmenkatalog zur Anbindung der Stadt Rosbach an regionale und überregionale Radwege. Bei der Anbindung sind Themenradwege, touristische Radwege, Schnellradwege und weitere Ausgestaltungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.*
- Erarbeiten eines Verfahrens zur regelmäßigen Überprüfung und Optimierung des Radwegenetzes in enger Abstimmung bzw. Vereinbarungen mit dem Wetteraukreis und überregionalen Einrichtungen.*

Bei der Konzeptionserstellung sollen die Bedürfnisse aller Nutzungsformen des Fahrrades Berücksichtigung finden, also Alltag, Beruf, Freizeit und Sport.

3. Bei der Erarbeitung der Konzeption wird eine Bürgerbeteiligung ausdrücklich begrüßt. Der Magistrat wird gebeten, die Einrichtung eines Arbeitskreises „radgerechtes Rosbach“ mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu überprüfen.

4. Eine Teilnahme an der Initiative „Stadtradeln“ wird für 2016 angestrebt. Hierzu wird zeitnah eine Teilnehmergemeinschaft aus der Umgebung - z.B. Karben zu einer Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses eingeladen, um über die bisherigen Erfahrungen zu berichten.“

Herr Harff stellt folgenden Ergänzungsantrag:

„Ich beantrage den ersten Unterpunkt zu Punkt 2 zu folgenden Formulierung zu ergänzen:

Analyse und Bewertung bestehender Radwege im Stadtgebiet und deren Beschilderung, Hierzu werden Stadtverordnete einen Grunddatenbestand zusammenstellen der vorhandene Wege und deren gefühlten Zustand auflistet, örtliche, nahe und ferne Ziele benennt und beschreibt wie Radwege in Rosbach ausgeführt werden sollten. Diese Grunddaten werden zur Beratung des Verkehrskonzeptes in die Ausschüsse eingebracht und dann der Verwaltung zur Verfügung gestellt.“

Wie im Ältestenrat bereits besprochen, wird eine Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss vorgeschlagen.

Die SPD-Fraktion und Herr Harff sind mit der Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss einverstanden. Die beiden Anträge werden als eigenständige Anträge behandelt. Thematisch gehören diese zu dem Bereich Stadtentwicklungskonzept.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung der beiden Anträge an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Die beiden Anträge sind an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss überwiesen.

Top 8

Antrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2015

- Leistungsangebote sowie Haushalts- und Finanzdaten der Stadt Rosbach v.d.Höhe im Vergleich zu Nachbarkommunen

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der FDP-Fraktion vor:

„Als eine der Grundlagen für künftige Beratungen und Entscheidungsfindungen fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat der Stadt Rosbach v. d. Höhe auf, bis spätestens Ende April 2016 die folgenden Aspekte möglichst detailliert darzulegen. Für Bürgerinnen und Bürger sind die Informationen öffentlich einfach zugänglich zu machen.

I. Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche

Welche - in der Stadt Rosbach für die drei Stadtteile aufgegliedert - kommunalen, privaten, von Freien Trägern oder Kirchen, von Vereinen oder Verbänden oder auf ehrenamtlicher Basis beruhende Angebote gibt es:

A. Für die Zielgruppen (einschließlich Öffnungszeiten sowie Betreuungsintensitäten)

- 1) Kinder unter drei Jahren*
- 2) Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt*
- 3) Kinder im Grundschulalter (z. B. Hort oder Betreuungsangebot an Schulen)*
- 4) Welche Kooperationen und Vernetzungen gibt es jeweils zwischen den einzelnen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen?*
- 5) Welche sonstigen Angebote gibt es für Freizeitgestaltungen von Kindern und Jugendlichen (u. a. Spielplätze, Jugendzentren, Bolz- und Sportmöglichkeiten, Skaterbahn)?*

B) Wie hoch ist der jeweilige Abdeckungsgrad entsprechend vorliegender Nachfragen?

II. Kranken- und Altenbetreuung

A) Welche - für Rosbach bei Unterschieden in Stadtteile aufgegliederte - kommunalen, privaten (außer den ärztlichen), von Freien Trägern oder Kirchen, von Vereinen oder Verbänden oder auf ehrenamtlicher Basis beruhende Leistungsangebote liegen für pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger vor?

B) Wie hoch ist der jeweilige Abdeckungsgrad entsprechend vorliegender Nachfragen?

III. Gebühren bzw. Entgelte

A. Wie hoch sind die einzelnen Gebühren bzw. Entgelte jeweils

- 1) In absoluten Gesamtzahlen*
- 2) Für das einzelne Nutzen des kommunalen Angebots (evtl. nach welchem Modell)*
- 3) Im Prozentsatz der Kostendeckung bei*
 - a) Den unterschiedlichen Angeboten für Kinder im Vorschul und Grundschulalter*
 - b) Kommunalen Angeboten der Kranken- und Altenbetreuung*
 - c) Städtischen sozialen c1) Wohnungs- und c2) Unterbringungsangeboten?*

IV. Kommunale Steuern

A) Wie hoch liegen die Steuersätze bei Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer?

B) Wie stellen sich Steuerkraft und Steuerkraftmesszahl dar?

C. Welche Daten ergeben sich jeweils

- 1) *In absoluten Zahlen der jeweiligen Steuereinnahmen*
- 2) *Im Prozentsatz an den gesamten Steuereinnahmen der Kommune*
- 3) *Im prozentualen Anteil der Anzahl von Zahlern der jeweiligen Steuerart in Bezug auf die gesamte Einwohnerschaft bei der*
 - a) *Grundsteuer A*
 - b) *Grundsteuer B*
 - c) *Gewerbsteuer*
 - d) *Dem Lohnsteuer- und Einkommenssteuer-Anteil?*

V. Schulden, deren Kosten und freie Mittel für Investitionen

Welche Daten ergeben sich für das Jahr 2016 laut Haushaltsplänen (oder Entwürfen)

- A) *in absoluten Zahlen sowie*
- B) *Je Einwohner in Bezug auf*
 - 1) *Die Verschuldung*
 - 2) *Zinsbelastungen und Tilgungen*
 - 3) *Freie Mittel für künftige Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen (voraussichtliche Einnahmen minus aller feststehenden Verpflichtungen wie insbesondere: gesamte Gehälter und Löhne, Aufwandsentschädigungen, Kreisumlage, Kosten für Mieten/Umlagen, Verwaltungsausgaben, soziale Aufgaben, freiwillige Leistungen)?*

VI. Kommunale Bedienstete

Welche Daten ergeben sich (umgerechnet in Vollzeitstellen) für kommunale Bedienstete

- A) *In absoluten Zahlen*
- B) *Anzahl pro 1.000 Einwohnern sowie*
- C) *Jahres-Gesamtkosten pro Einwohner in den Bereichen*
 - 1) *Summe alle Bediensteten und davon*
 - 2) *Allgemeine Verwaltung*
 - 3) *Kommunale soziale Einrichtungen (Betreuen Kinder, Jugendliche, Pflegebedürftige)*
 - 4) *Stadtwerke / Bauhof?“*

Wie im Ältestenrat bereits besprochen, wird eine Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen.

Die FDP-Fraktion ist mit der Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss einverstanden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Antrag ist an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Top 9

**Antrag des Stadtverordneten Gerald Harff vom 23.11.2015
- Haushalt 2016**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag von Herrn Harff vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge, mit dem Ziel eine Erhöhung der Grundsteuer B zu vermeiden, beschließen:

- 1) Eine Pferdesteuer, wie in Bad-Sooden-Allendorf geregelt (Anlage), jedoch mit einem Steuersatz (§ 5 der Anlage) von 250 € je Pferd und Jahr einzuführen.
- 2) Die Situation in der Kinderbetreuung, mit dem Ziel einer spürbaren Kostenreduktion für 2016 und einer deutlichen Kostenreduktion in den Folgejahren, zu verändern.
- 3) Die Maßnahme 156 im Investitionsprogramm (Tablets für Mandatsträger) zu streichen.“

Wie im Ältestenrat bereits besprochen, wird eine Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen.

Herr Harff ist mit der Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss einverstanden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Antrag ist an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Ende der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 22:32 Uhr.

Rosbach v.d.Höhe, den 15.12.2015

Regina Karehnke
Stadtverordnetenvorsteherin

Andreas Kraus
Schriftführer